

Inhaltsverzeichnis	Seite
Vorwort	5
Inhaltsverzeichnis	7
Abkürzungsverzeichnis	13
A. Einleitung und Ziel der Untersuchung	17
B. Die Beteiligung der Gewerkschaften an der Unternehmensmitbestimmung	25
I. Mitbestimmungsgesetz 1976	27
1. Die Regelung des § 7 II MitbestG i.V.m. § 16 MitbestG	27
2. Gerichtliche Bestellung der Gewerkschaftsvertreter	30
3. Sonstige Einflussmöglichkeiten auf die Wahl der Arbeitnehmervertreter	32
II. Montanmitbestimmung	33
III. Das Drittelbeteiligungsgesetz	35
IV. Die Beteiligung in der Europäischen Aktiengesellschaft	36
1. Die Unternehmensmitbestimmung nach dem SEBG	37
2. Unvereinbarkeit von §§ 36 III 2 SEBG i.V.m. § 6 III SEBG mit europarechtlichen Vorgaben	39
3. Abschließende Betrachtung und Zusammenfassung	41
C. Vereinbarkeit von § 7 II i.V.m. § 16 II MitbestG mit dem Grundgesetz	43
I. Vereinigungsfreiheit, Art. 9 I GG	46
1. Persönlicher Schutzbereich	46
2. Sachlicher Schutzbereich	48
3. Eingriff und verfassungsrechtliche Rechtfertigung	48
a. Verhinderung eines „Betriebsegoismus“	48
b. Das „überlieferte freie Wahlrecht“	52
c. Externer Sachverstand	53
d. Verpflichtung auf das Unternehmensinteresse	54
e. Demokratische Legitimation	54
f. Veränderte wirtschaftliche Verhältnisse	57
g. Koalitionsfreiheit der Gewerkschaften	58
4. Ergebnis	59

II.	Koalitionsfreiheit, Art. 9 III GG	59
1.	Koalitionsfreiheit der Arbeitgeberverbände bzw. des einzelnen Arbeitgebers	60
a.	Der Schutzbereich der Koalitionsfreiheit	61
b.	Eingriff	62
aa.	Tatsächliche Einflussmöglichkeiten	62
	(1.) Gesetzlicher Einfluss	63
	(2.) Psychologische Einflüsse	64
bb.	Ergebnis	65
2.	Negative Koalitionsfreiheit der nichtorganisierten Arbeitnehmer	65
III.	Verstoß gegen Art. 3 I GG	67
IV.	Reformbestrebungen	67
V.	Zusammenfassung der Ergebnisse zu Teil C	68
D.	Die Stellung der Gewerkschaftsvertreter im Aufsichtsrat und im Unternehmen	69
I.	Die Stellung des Aufsichtsrats in der Verfassung der Aktiengesellschaft	69
1.	Bestellung und Abberufung der Mitglieder des gesetz- lichen Vertretungsorgans	69
2.	Weitere Kompetenzen	70
3.	Berichtspflichten des Vorstands gegenüber dem Auf- sichtsrat	71
4.	Unternehmensplanung und Beratung des Vorstands	72
II.	Die Rechts- und Pflichtenstellung des einzelnen Aufsichts- ratsmitgliedes	74
1.	Das Verhältnis von Mitbestimmungs- und Gesell- schaftsrecht	74
a.	Meinungsstand	76
b.	Stellungnahme	77
2.	Einzelne Rechte und Pflichten der Aufsichtsrats- mitglieder	78
a.	Gesellschaftsrechtliche Treuepflicht	79
aa.	Das Unternehmensinteresse	79
	(1.) Das Unternehmensinteresse als Pflichtenmaß- stab	81
	(2.) Inhaltliche Konkretisierung des Unter- nehmensinteresses	82

(a.) Das Unternehmensinteresse als Abwägungsvorgang.....	83
(b.) Das Unternehmensinteresse als prozessuale Kategorie	85
(c.) Stellungnahme	85
(3.) Ergebnis	87
bb. Konkretisierung der Treuebindung	88
b. Benachteiligungsverbot.....	90
c. Weisungsfreiheit	90
d. Verschwiegenheitspflicht	91
aa. Grundlagen.....	91
bb. Verschwiegenheitspflicht gegenüber Belegschaft, Betriebsrat und Gewerkschaft	95
cc. Verschwiegenheitspflicht und Art. 5 II GG.....	101
dd. Verschwiegenheitspflicht und externe Beratung.....	103
ee. Insiderinformationen.....	104
ff. Verschärfung der Verschwiegenheitspflicht in der GmbH.....	105
e. Teilnahmerecht.....	106
E. Einschränkung der Rechte in Tarifauseinandersetzungen und im Arbeitskampf	108
I. Einschränkung des Streikrechts?	111
1. Das Streikrecht der Gewerkschaftsvertreter und -mitglieder im Aufsichtsrat	111
2. Grundkonstellation	112
a. Passives Streikrecht	112
b. Aktives Streikrecht.....	113
aa. Meinungsstand	114
bb. Lösungsweg	117
(1.) Auseinandersetzung mit dem Meinungsstand	117
(2.) Ergebnis	124
3. Der „Fall Bsirske“	125
a. Streik im Drittbetrieb.....	125
b. Solidarstreik.....	127
c. Warnstreik	128
d. Unterlassen.....	130

II. Teilnahme an Tarifverhandlungen auf Seiten der Gewerkschaft	131
III. Einschränkung der Mitwirkungsrechte aus dem Aufsichtsratsmandat	131
1. Praktische Relevanz und Einflussmöglichkeiten der externen Gewerkschaftsvertreter	131
2. Stimmrechtsausschluss	133
a. § 181 BGB.....	136
b. § 242 BGB.....	137
c. Analogielösungen.....	138
aa. Regelungslücke	138
(1.) Die gesellschaftsrechtlichen Stimmverbote	138
(2.) Regelungslücke im Hinblick auf den Aufsichtsrat?	140
(3.) Keine Lückenhaftigkeit aufgrund des Ausschlussproblems im dreiköpfigen Aufsichtsrat?	141
(4.) Zwischenergebnis	142
bb. Analogie zu § 181 BGB	142
cc. Analogie zu § 32 MitbestG	144
dd. Analogie zu § 34 BGB	145
d. Weitergehende Stimmverbote auf Grund verfassungsrechtlicher Reduktion?	151
e. Sonderfall des Stimmrechtsausschlusses aufgrund Kumulation von betrieblicher und überbetrieblicher Mitbestimmung – Überparität?.....	152
aa. Das Verhältnis zwischen Betriebsverfassung und Unternehmensmitbestimmung	152
bb. Überparität bei Entscheidung über die Folgen einer Betriebsänderung?.....	153
(1.) Sozialplanverfahren	153
(2.) Überparität durch Beteiligung der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat?	154
(a.) Rechtsprechung des BAG zum Streik um einen Tarifsozialplan	155
(b.) Auswirkungen auf die Unternehmensmitbestimmung.....	157
(3.) Ergebnis	160

3.	Teilnahmerecht	161
a.	Voraussetzungen für den Entzug des Teilnahmerechts.....	161
b.	Entzug bei Interessenkollision.....	162
c.	Anwendung der Kriterien auf Einzelfälle	164
4.	Ausschluss von Informationen	165
5.	Pflicht zur Amtsniederlegung	167
IV.	Zusammenfassung der Ergebnisse zu Teil D	168
F.	Rechtsfolgen bei Pflichtverstößen	169
I.	Unterlassungsanspruch der Gesellschaft	169
II.	Schadensersatzansprüche	169
1.	Ansprüche der Gesellschaft gegen das einzelne Aufsichtsratsmitglied	170
a.	Vertragliche Ansprüche.....	170
b.	§§ 116, 93 AktG	170
aa.	Pflichtwidrigkeit.....	171
bb.	Kausalität	171
(1.)	Bei pflichtwidriger Streikteilnahme	171
(2.)	Bei pflichtwidriger Informationsweitergabe.....	172
cc.	Verschulden	172
(1.)	Haftungserleichterung nach den Grundsätzen des innerbetrieblichen Schadensausgleichs?.....	174
(2.)	Haftungserleichterung nach den Grundsätzen der eingeschränkten Betriebsratshaftung?	175
dd.	Schaden.....	176
ee.	Verjährung.....	177
ff.	Prozessuale Geltendmachung.....	177
(1.)	Durch die Gesellschaft.....	177
(2.)	Durch eine Aktionärsminderheit	178
(3.)	Die Geltendmachung im Recht der GmbH	179
c.	Deliktsrechtliche Ansprüche.....	179
2.	Ansprüche gegen die Gewerkschaft	180
a.	§ 117 AktG.....	180
b.	§ 31 BGB analog.....	181
III.	Abberufung aus wichtigem Grund gem. § 103 III AktG	181
IV.	Nichtigkeit bzw. Anfechtbarkeit des Aufsichtsratsbeschlusses bei Verstoß gegen ein Stimmverbot	185
V.	Zusammenfassende Betrachtung zu Teil F	186

G. Sonstige rechtliche Reaktionsmöglichkeiten der Gesellschaft	187
I. Weisungsrecht der GmbH-Gesellschafter	187
II. Aufsichtsratsausschüsse	191
1. Besetzung von Aufsichtsratsausschüssen	192
2. Übertragung von Beschlussgegenständen an Aufsichtsratsausschüsse	195
III. Abschließende Regelung der Zustimmungspflichtigkeit durch Satzung?	196
1. In der Aktiengesellschaft	197
2. In der GmbH	197
H. Die Rechte der Gewerkschaften gegenüber ihren Vertretern im Aufsichtsrat	201
I. Abberufungsmöglichkeit	201
II. Unterlassungsanspruch	202
III. Ausschluss aus der Gewerkschaft	203
1. Allgemeine Voraussetzungen des Gewerkschaftsausschlusses	203
2. Auswirkungen auf die gewerkschaftlichen Funktionsträger im Rahmen der Unternehmensmitbestimmung	206
a. Unzulässigkeit eines Gewerkschaftsausschlusses nach § 26 MitbestG analog?	207
b. Ausschluss wegen gewerkschaftsschädigendem Verhalten im Rahmen von Aufsichtsratswahlen	208
c. Ausschluss wegen Nichtabführung von Aufsichtsratsantien	214
IV. Schadensersatzansprüche	215
I. Zusammenfassung der Ergebnisse	216
J. Epilog	218
Literaturverzeichnis	219